

Das Sparschwein hat ausgedient: Vieles spricht derzeit für die Aktie

Energie und Lebensmittel werden teurer, die Inflation nagt am Ersparten. Auf welche Werte man jetzt setzen sollte und was die Bewältigung der Klimakrise damit zu tun hat, weiß der Parksteiner Börsenexperte Robert Beer.



Parkstein. Seit 2011 bekleidet Jens Weidmann das Amt des Präsidenten der Deutschen Bundesbank. Seit dieser Zeit gilt er als Mahner, der den Staatsanleihekäufen der Notenbanken und den Defiziten der Staatshaushalte kritisch gegenüberstand und eine klare Trennung von Geld- und Fiskalpolitik forderte. Die Entwicklung in seiner Amtszeit bleiben dagegen ernüchternd: Extrem niedrige Zinsen und massiv aufgekaufte Staatsanleihen. Ein Ausstieg aus dieser Politik ist zudem nicht in Sicht. Eher im Gegenteil: Geld- und Fiskalpolitik gehen immer mehr Hand in Hand. Für Weidmann Grund genug, sein Amt zum Jahresende niederzulegen.

Im EZB-Rat hatte er mit seiner stabilitätsorientierten Haltung ohnehin zuletzt eine deutliche Mehrheit gegen sich. Auch viele unabhängige Ökonomen haben diese kritische Haltung in den vergangenen Jahren abgelegt. Die genannten Maßnahmen haben eben nicht zu der befürchteten Inflationsspirale geführt.

Inzwischen gehen die Überlegungen weiter: So steht eine Anhebung des Maastricht-Werts für die Staatsverschuldung von 60 Prozent auf 100 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung im Raum. Schließlich sei die Schuldenfähigkeit aufgrund der niedrigeren Zinsen aktuell deutlich besser als in den 90er Jahren.

Umbau der Wirtschaft

Neben der Geldwertstabilität wurde in den vergangenen Jahren die Stützung der Wirtschaft immer mehr zum zentralen Baustein der Notenbankpolitik. Ein weiterer Aspekt wird sich anschließen: Die Bewältigung der Klimakrise und der damit verbundene Umbau der Wirtschaft. So fordert der Leiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW), Marcel Fratzscher, auch unkonventionelle Maßnahmen: Die neue Regierung solle 2022 eine halbe Billion neue Schulden aufnehmen,



Wer traditionell spart, hat derzeit keine Chance auf Gewinne. Anleger sollten auf Aktien und Sachwerte setzen, rät Börsenexperte Robert Beer.

Symbolbild: Martin Schutt/dpa

men, um die Klimawende der nächsten Jahre zu finanzieren und ab 2023 dennoch die Schuldenbremse einzuhalten. Finanziert durch die Notenbanken.

Für die Wirtschaft und die Unternehmen wäre dies ein willkommener und positiver Ausblick für die kommenden Jahre. Durch die planbaren Ausgaben würden sich schließlich viele Geschäftschancen ergeben, der Umbau weg von einer CO₂-intensiven zu einer emissionsfreien Wirtschaft würde durch Anreize und Zuschüsse großteils vom Staat finanziert und lässt sich von einem starken Heimatmarkt aus auch weltweit zu Geld machen. Ein kreditfinanzierter Impuls also, der die Wirtschaft auf das nächste Level hieven und die kommenden Jahre positiv beeinflussen kann, so die Überlegung.

Für den Staat wäre die Rechnung ebenfalls positiv: Schließlich kann er sich die Mittel für diesen proaktiven Impuls aufgrund des aktuellen Zinsniveaus zu „Null“ leihen. Dies würde definitiv billiger kommen, als in 10 oder 20 Jahren auf die Folgen des Klimawandels zu reagieren.

Und auch das Argument der Generationengerechtigkeit, also der nachfolgenden Generation die Schuldenlast zu vererben, würde so relativiert. Also durchwegs positive Aspekte, die für kreditfinanzierte Klima-Impulse sprechen.

Soziale Spannungen drohen

Dennoch gilt es, die Risiken im Blick zu behalten, die mit einer solchen Politik verbunden sind. So ist die einerseits gefürchtete, andererseits herbeigesehnte Inflation zuletzt kräftig angestiegen. Lieferketten-Probleme, gestiegene Rohstoff- und Energiepreise sowie verteuerte

HINTERGRUND

Zur Person: Robert Beer

- Robert Beer ist Fondsmanager und Inhaber der Robert Beer Investment GmbH in Parkstein.
- Als Buchautor befasst er sich zudem seit den 1980er-Jahren mit der Wirtschaft und den Kapitalmärkten.

Lebensmittel bereiten Sorgen. Die Schwächsten der Gesellschaft, also Geringverdiener und Rentner, leiden am stärksten unter der Entwicklung. Soziale Spannungen drohen zuzunehmen. Auch Sparer sind betroffen. Denn die Inflation nagt am Ersparten. Der Kaufkraftverlust zehrt schleichend aber beständig, man merkt es kaum.

Sachwerte bleiben vor diesem Hintergrund als Renditequelle und zum Inflationsausgleich erste Wahl. Während jedoch die Immobilienpreise bereits stark gestiegen sind, bleiben die Aussichten für Aktien vor den genannten Wirtschaftsprjekten sehr positiv. Viele Unternehmen verdienen prächtig.

Daher spricht für die kommenden Jahre vieles für die Aktie als Geldanlage. Da andererseits etliche Themen – wie Inflation, Immobilienkrise China, Rohstoff- und Energiekrise – immer wieder zu teils heftigen Korrekturen führen können, sollten Investoren über einen längeren Anlagehorizont verfügen und Investments mit aktivem Risikomanagement in ihre Überlegungen aufnehmen.

Schlechtere Lage der Autoindustrie eine Belastung für die gesamte Wirtschaft

Herbst-Konjunkturumfrage des Deutsche Industrie- und Handelskammertags – Tiefgreifender Strukturwandel der Autobranche

Berlin. (dpa) Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) sieht die verschlechterte Lage in der Autoindustrie als deutliche Belastung für den Wirtschaftsstandort Deutschland. „Der Kraftfahrzeugbau mit seinen vielen Dienstleistern und Zuliefererbetrieben steht für über eine Million Beschäftigte sowie mehr als fünf Prozent unserer gesamten Wirtschaftsleistung – und damit für Wohlstand und Arbeitsplätze in Deutschland“, sagte Hauptgeschäftsführer Martin

Wansleben der Deutschen Presse-Agentur.

Laut einer Sonderauswertung der Herbst-Konjunkturumfrage des DIHK schätzt der Kraftfahrzeugbau seine Lage im Vergleich zum Frühsommer dieses Jahres nun erheblich schlechter ein: 36 Prozent der Unternehmen bewerten demnach ihre Lage als gut, 26 Prozent als schlecht.

Der Saldo aus guten und schlechten Einschätzungen verringerte sich seit Frühsommer von 34 auf

10 Punkte. Die Branche durchlaufe einen tiefgreifenden Strukturwandel. Vor diesem Hintergrund stellen steigende Rohstoffpreise und kaum verfügbare Halbleiter eine zusätzliche konjunkturelle Belastung dar. Steigende Rohstoff- und Energiepreise sind demnach mit Abstand das größte Konjunkturrisiko für den Fahrzeugbau.

Daneben belasteten ein Mangel an Fachkräften, die schwächelnde Weltkonjunktur sowie Lieferkettenprobleme die Geschäfte der stark

exportorientierten Betriebe. „Die Investitionspläne der Unternehmen sind auf den Transformationsprozess hin zu mehr Elektrifizierung, Digitalisierung sowie Automatisierung und den damit verbundenen Umstrukturierungen ausgerichtet“, so Wansleben.

„Aber auch hier gibt es einen Wermutstropfen: Die Finanzierungsprobleme der Automobilzulieferindustrie sind ausgeprägter als im Durchschnitt der gesamten Industrie.“

WIRTSCHAFTSNOTIZEN

BER: Konzernverlust von 350 Millionen Euro

Schönefeld. (dpa) Ein Jahr nach seiner Inbetriebnahme steckt der neue Hauptstadtflughafen BER tief in den roten Zahlen. Für dieses Jahr wird ein Konzernverlust von 350 Millionen Euro erwartet, wie es in einem Bericht der Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg an das Bundesverkehrsministerium heißt, der der dpa vorliegt. Das Minus falle damit jedoch um rund 50 Millionen Euro geringer aus als geplant. Von Juli bis Oktober konnte demnach im laufenden Geschäft ein Plus erwirtschaftet werden. Alle Flughäfen haben wegen des Einbruchs der Passagierzahlen in der Coronapandemie wirtschaftliche Schwierigkeiten. Den BER belasten zusätzlich hohe Schulden aus der langen Bau- und Sanierungszeit des Flughafens; er ging im vergangenen Herbst mit neun Jahren Verspätung ans Netz. Die Flughafengesellschaft dringt auf eine Teilentschuldung durch die Länder Berlin und Brandenburg sowie den Bund als Eigentümer. Demnach werden bis 2026 rund 2,4 Milliarden Euro benötigt.

Messebranche fordert 3G-Regel

Berlin. (dpa) Die deutsche Messebranche will auch negativ getestete Aussteller und Besucher auf ihren Veranstaltungen zulassen, nicht nur Geimpfte und Genesene. Denn die sogenannte 2G-Regelung – also Zutritt nur für Geimpfte und Genesene – würde vor allem viele Besucher aus dem Ausland ausschließen, kritisierte Jörn Holtmeier, Geschäftsführer des Verbands der deutschen Messegewirtschaft (Auma), am Sonn-



Die deutsche Messebranche will auch negativ getestete Aussteller und Besucher auf ihren Veranstaltungen zulassen.

Symbolbild: Martin Schutt/dpa

tag. Der Erfolg vieler Messen in Deutschland hänge eben auch von der Teilnahme ausländischer Besucher und Aussteller ab. „Impfstoffe wie Sinovac und Sinopharm sind in Deutschland bislang nicht anerkannt. Die damit geimpften Menschen gelten hierzulande als ungeimpft“, teilte der Verband mit.

Chinas Exportwachstum hält weiter an

Peking. (dpa) China verzeichnet ein stärkeres Exportwachstum als erwartet. Im Oktober stiegen die Ausfuhren der zweitgrößten Volkswirtschaft im Vergleich zum Vorjahresmonat um 27,1 Prozent auf insgesamt 300,2 Milliarden Dollar (259,3 Milliarden Euro) an, wie aus den am Sonntag veröffentlichten Handelszahlen des Zolls in Peking hervorgeht. Damit erreicht Chinas Wirtschaft den 13. Monat in Folge Exportsteigerungen im zweistelligen Prozentbereich. Die Importe hingegen haben mit 20,6 Prozent vergleichsweise langsam angezogen und liegen leicht hinter den Prognosen der meisten Ökonomen zurück.